

## Titel der Drucksache:

Resolution des Erfurter Stadtrates wegen  
 Sanktionen gegen Russland zum Schutz der  
 heimischen Wirtschaft

Drucksache

**1191/22**

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Hauptausschuss	05.07.2022	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	06.07.2022	öffentlich	Entscheidung


## Beschlussvorschlag:

01

Der Stadtrat stellt fest, dass die seit Ende Februar 2022 gegen Russland beschlossenen Sanktionen ihren Zweck verfehlen und sich gegen die eigene Bevölkerung, unter anderem gegen die Erfurter Bürger, insbesondere gegen die Mieter, wenden.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Thüringer Landesregierung und der Bundesregierung über die kommunalen Spitzenverbände dafür einzusetzen, dass sämtliche Sanktionen gegen die Russische Föderation unterbleiben.

30.06.2022, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

<b>Nachhaltigkeitscontrolling</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	<b>Demografisches Controlling</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
<b>Finanzielle Auswirkungen</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → ↓	<b>Nutzen/Einsparung</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
<b>Deckung im Haushalt</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<b>Gesamtkosten</b> <b>EUR</b>			
↓				
	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> <b>Deckung siehe Entscheidungsvorschlag</b>				

#### Fristwahrung

 Ja

 Nein

#### Anlagenverzeichnis

#### Sachverhalt

Die durch Sanktionen gegen die Russische Föderation erheblich gestiegenen Energiepreise führen zu einer starken finanziellen Belastung Erfurter Bürger, insbesondere Mieter, sowie Gewerbetreibender. Viele Haushalte sind bereits von Energiearmut bedroht, weswegen es von umso größerer Bedeutung ist, eine sozialverträgliche Energieversorgung der Bürger aufrecht zu erhalten. Um die Energieversorgung sicherstellen zu können, sind diplomatische Initiativen weitreichenden Sanktionen vorzuziehen. Alle Stellen und Institutionen sollten sich daher auf breiter Front für den Erhalt unserer heimischen Industrie, unseres Handwerks und unserer aller Zukunft, mithin gegen sämtliche Sanktionen gegen Russland, aussprechen. Nur so kann auf die handelnden Verantwortlichen ein zulässiger Druck aufgebaut werden.

#### Begründung zur Dringlichkeit:

Dieser Antrag ist auch dringlich, weil gemäß § 35 Abs. 5 Nr. 2 ThürKO ein weiteres Zuwarten mit einem solchen Appell der Untergang unserer Landeshauptstadt weiter forciert wird und ein enormer Schaden droht. Die Hyperinflation und Stagflation ist bereits im Gange.